

# Presseinformation

## // GESCHÄFTSFÜHRUNG //

Bremen, 15.6.2017  
Andreas Staets

Seite: 1 von 1

### **„Die Grünen springen deutlich zu kurz“: GEW zum Bildungsbeschluss der kleinen Regierungspartei**

**„Mit ihrem Beschluss zum Ausbau und für Verstärkungsmittel für Kitas und Schulen springen die Grünen deutlich zu kurz. Die Forderungsphrasen einer seit Jahren selbst an der Regierung beteiligten Fraktion schaffen weder politischen Druck geschweige denn die Verbesserungen, die die Kinder, Jugendlichen und Kolleg\*innen in den Bildungseinrichtungen dringend benötigen. Gleichwohl nehmen wir zur Kenntnis, dass nun auch von den Grünen die Situation in Kitas und Schulen als ‚dramatisch verschärft‘ wahrgenommen wird. Wenn sich dies nun auch endlich in Regierungshandeln niederschlägt, könnten wir auf den richtigen Weg kommen“, kommentiert Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW, den einstimmigen Beschluss der grünen Bürgerschaftsfraktion vom Dienstag.**

Bremen – „Es fehlen deutlich formulierte Ziele zur Qualitätsverbesserung in Kitas und Schulen. Kein Wort zur Notwendigkeit eines bundesweiten Kita-Qualitätsgesetzes. Kein Hinweis darauf, dass in naher Zukunft die Verkleinerung von Gruppen zur Absicherung individueller Bildungsprozesse und zur notwendigen Entlastung der Kolleg\*innen angestrebt wird. Die Unterrichtsabsenkung für Lehrkräfte in Schulen in prekärer Lage ist zwar ein richtiger Schritt, greift aber deutlich zu kurz, wenn nur die Schulen gemeint sind, die im untersten Sozialindexbereich liegen. Es fehlt auch hier die Perspektive der grundsätzlichen Entlastung von Lehr- und anderen Fachkräften“, kritisiert Gloede den Grünen-Beschluss als längst nicht weit gehend genug.

Die GEW fordert, den Bildungshaushalt auf ein vergleichbares Niveau mit Hamburg und Berlin zu bringen. Dies bedeute, zusätzlich 180 Mio € jährlich in den Bildungshaushalt zu investieren. Damit könnten Grundlagen zur Entlastung geschaffen, wie auch personelle und sächliche Ausstattungen der Bildungseinrichtungen den Bedarfen angepasst werden. Neben den generell bereits fehlenden Fachkräften in Kitas und Schulen droht zunehmend eine Abwanderung ins Umland. Dies gilt für Bremerhaven wie Bremen. Hier muss dringend durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Attraktivität Bremer Arbeitsplätze im Bildungsbereich gesteigert werden.

Bedeutsam im Rahmen der Pädagog\*innenausbildung sowohl für Lehrkräfte als auch für sozialpädagogische Fachkräfte sei die Ausweitung von Studienplätzen an der Uni für Lehrkräfte und Erzieher\*innen, die Wiedereinführung mindestens der Studiengänge Sport und Behindertenpädagogik, die schnellstmögliche Einrichtung des „Lehramtsumasters für Inklusion an Oberschule und Gymnasium“ sowie die weitere Ausweitung von Referendariatsplätzen bzw. Plätzen für das Anerkennungsjahr. Hinzu käme, dass auch die Bezahlung sowohl von Lehrkräften als auch von Erzieher\*innen angehoben werden müsse. Vergleichbare Großstädte zahlten bereits jetzt übertariflich, um noch Fachpersonal zu bekommen, so Gloede.

Für Nachfragen steht zur Verfügung: Christian Gloede      Mobilnummer 0174-9790755